

Postulat von Flurin Grond, Philip C. Brunner, Tom Magnusson, Urs Andermatt, Eva Maurenbrecher, Chrigi Lanz, Michael Arnold, Thomas Gander, Mario Reinschmidt, Helene Zimmermann, Adrian Risi, Gregor Bruhin, Hans Küng, Karl Nussbaumer und Michael Riboni betreffend Prüfung einer strategischen Beteiligung an gesicherter Schweizer Winterstromproduktion

Antrag: Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen und Bericht zu erstatten,

- 1. ob und unter welchen Voraussetzungen sich der Kanton Zug direkt oder indirekt an gesicherter Schweizer Winterstromproduktion beteiligen könnte**, insbesondere an bestehenden Produktionsanlagen mit hoher Winterverfügbarkeit;
- 2. ob eine Beteiligung an Produktionskapazitäten, insbesondere am Kernkraftwerk Gösgen geeignet wäre, einen Beitrag zur langfristigen Versorgungssicherheit des Kantons Zug sowie zur Stabilisierung der Strombeschaffungskosten zu leisten;**
- 3. welche finanziellen, rechtlichen, energiewirtschaftlichen und haftungsrechtlichen Auswirkungen eine solche Beteiligung hätte**, insbesondere bezüglich:
 - **Kaufpreis und Finanzierung,**
 - **langfristiger Ertrags- und Kostenentwicklung,**
 - **Nachschuss- und Haftungsrisiken,**
 - **Rückbau- und Entsorgungskosten,**
 - **Auswirkungen auf die Kantonsfinanzen und das Risikoprofil des Kantons;**
- 4. inwiefern sich aus einer solchen Beteiligung volkswirtschaftliche Vorteile für Bevölkerung, Gewerbe und Industrie ergeben könnten**, insbesondere hinsichtlich Versorgungssicherheit, Preisstabilität und Winterstromversorgung;
- 5. welche alternativen Modelle zur Sicherung der langfristigen Stromversorgung des Kantons Zug geprüft werden könnten**, insbesondere:
 - Beteiligungen an Produktionsanlagen,
 - öffentlich-private Partnerschaften,
 - Beteiligungen an Speicher- und Flexibilitätslösungen,
 - Kooperationen mit Energieversorgern oder anderen Kantonen.

Begründung

Die Versorgungssicherheit mit elektrischer Energie gewinnt für Bevölkerung, Gewerbe und Industrie zunehmend an strategischer Bedeutung. Insbesondere die Versorgung mit Winterstrom stellt die Schweiz und ihre Kantone vor erhebliche Herausforderungen. Gleichzeitig steigen die Abhängigkeit von internationalen Strommärkten sowie die Bedeutung gesicherter inländischer Produktionskapazitäten mit hoher Verfügbarkeit im Winterhalbjahr.

Der Kanton Zug verfügt über eine wirtschaftlich starke, technologieorientierte und international vernetzte Volkswirtschaft mit einer hohen Abhängigkeit von einer stabilen, jederzeit verfügbaren und planbaren Stromversorgung. Für Industrie, Gewerbe, Rechenzentren, Gesundheitswesen, Forschung sowie zahlreiche Dienstleistungsunternehmen ist eine sichere und wirtschaftlich tragbare Energieversorgung ein zentraler Standortfaktor.

Vor diesem Hintergrund erscheint es angezeigt zu prüfen, ob strategische Beteiligungen an gesicherter Schweizer Stromproduktion einen Beitrag zur langfristigen Versorgungssicherheit sowie zur Stabilisierung der Strombeschaffungs- und Energiekosten leisten könnten. Von

besonderer Bedeutung ist dabei die Sicherung von CO₂-armer Bandenergie mit hoher Winterverfügbarkeit.

Aktuell steht insbesondere die 15%-Beteiligung der Stadt Zürich am Kernkraftwerk Gösgen im Fokus der energiepolitischen Diskussion. Aufgrund eines Volksentscheids muss die Stadt Zürich diese Beteiligung bis spätestens 2034 veräussern. Verschiedene Stimmen aus Politik und Wirtschaft haben deshalb angeregt zu prüfen, ob ein Erwerb dieser Beteiligung durch öffentliche oder private Schweizer Akteure sinnvoll sein könnte.

Eine Beteiligung an bestehender Schweizer Produktionskapazität könnte verschiedene potenzielle Vorteile mit sich bringen:

- eine mittel- und langfristige Stärkung der Versorgungssicherheit,
- eine Reduktion der Abhängigkeit von volatilen internationalen Strommärkten,
- eine bessere Planbarkeit der Energieversorgung,
- eine mögliche Stabilisierung von Strombeschaffungs- und Netzkosten,
- sowie die Sicherung von CO₂-armer Bandenergie insbesondere während der Wintermonate.

Eine strategische Beteiligung könnte langfristig einen volkswirtschaftlichen Standortvorteil schaffen. Bereits moderate Stabilisierungseffekte bei den Energiekosten können die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Zug stärken und damit Bevölkerung, Gewerbe und Industrie entlasten.

Zu prüfen wäre insbesondere auch eine Zusammenarbeit mit lokalen und regionalen Energieversorgern, namentlich mit der WWZ AG oder weiteren geeigneten Partnern. Denkbar wären verschiedene Beteiligungs- und Kooperationsmodelle, welche energiewirtschaftliche Kompetenz, regionale Verankerung sowie finanzielle Tragbarkeit miteinander verbinden.

Eine solche Beteiligung wäre jedoch auch mit komplexen Fragestellungen und Risiken verbunden. Dazu zählen insbesondere:

- Haftungs- und Nachschusssrisiken,
- Stilllegungs- und Entsorgungskosten,
- energiewirtschaftliche und regulatorische Risiken,
- Laufzeit- und Investitionsfragen,
- Auswirkungen längerer Revisions- oder Ausfallzeiten,
- Fragen der Stromvermarktung und Beschaffung,
- sowie die tatsächliche Bedeutung einer Beteiligung für die Versorgungssicherheit in Mangellagen.

Zudem ist zu berücksichtigen, dass Beteiligungen an Kernkraftwerken nicht mit gewöhnlichen Finanzanlagen vergleichbar sind, sondern langfristige energiewirtschaftliche Verpflichtungen und Risiken mit sich bringen können.

Gemäss Art. 89 der Bundesverfassung sind Bund und Kantone verpflichtet, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für eine ausreichende, breit gefächerte, sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung einzutreten. Vor diesem Hintergrund erscheint es angezeigt, dass der Kanton Zug mögliche strategische Handlungsoptionen frühzeitig und ergebnisoffen prüft, anstatt zuzuwarten, bis zentrale Infrastrukturanteile ausschliesslich von Dritten übernommen werden.

Der Kanton Zug verfügt grundsätzlich über die finanzielle Stabilität und die institutionellen Voraussetzungen, um langfristige Infrastrukturinvestitionen dieser Art seriös zu prüfen. Ob eine Beteiligung wirtschaftlich sinnvoll, finanzpolitisch tragbar und energiewirtschaftlich zweckmässig wäre, soll jedoch Gegenstand der beantragten vertieften Abklärungen sein.

Das Postulat verlangt deshalb ausdrücklich keine Vorfestlegung auf einen Erwerb oder auf eine bestimmte Technologie. Vielmehr soll der Regierungsrat sachlich, technologieoffen und unter Einbezug aller relevanten Chancen und Risiken prüfen, ob und unter welchen

Bedingungen strategische Beteiligungen an gesicherter Winterstromproduktion für den Kanton Zug sinnvoll, verantwortbar und volkswirtschaftlich zweckmässig sein könnten. Die Prüfung soll zudem alternative Modelle und Kooperationsformen umfassen, damit der Kanton Zug seine langfristige Energie- und Versorgungssicherheit breit abgestützt beurteilen kann.

Neuheim, 12. Juni 2026